



SOZIALE WÄRMEWENDE

Factsheet zur Bundestagswahl 2025

Kurzzusammenfassung

Gebäude sind für rund ein Drittel der CO₂-Emissionen Deutschlands verantwortlich. Sieben von acht Wohnungen in Deutschland werden aktuell durch fossile Energieträger beheizt. Der Energieverbrauch ist hoch, die Sanierungsrate auf einem Rekordtief.

Die Abhängigkeit von fossilem Gas und Öl hat in den letzten Jahren zu massiven Kostensteigerungen und Unsicherheit beim Heizen geführt. Hohe Heizkosten belasten immer mehr Menschen. Um langfristig klimaschonend und für alle finanzierbar zu heizen, müssen wir auf erneuerbare Wärme und die Senkung des Energieverbrauchs setzen. 2023 geriet der Klimaschutz in Gebäuden durch die Verhetzungs-Kampagne gegen das „Heizungsgesetz“ – der Reform eines Teils des Gebäudeenergiegesetzes, GEG – unter Beschuss. Das Thema kocht nun im Wahlkampf wieder bei der Union und FDP hoch, auch um Stimmung gegen Bündnis 90/Die Grünen bzw. gezielt Robert Habeck zu machen. Die Argumentation folgt kurzsichtigen Geschäftsinteressen von Unternehmen der fossilen Energieversorgung. Parallel meldet sich Klara Geywitz (SPD) zu Wort und zweifelt an der Sinnhaftigkeit von Effizienzanforderungen an Gebäude, unterstützt von einer Kampagne der Immobilien- und Bauwirtschaft.

Die geforderte Abkehr von bisherigen Regelungen würde zu tiefer Verunsicherung bei Menschen führen, Heizkosten erhöhen und hohe volkswirtschaftliche Kosten verursachen. Andersherum gesagt: Effiziente, mit erneuerbarer Wärme versorgte Gebäude sind essenziell für bezahlbare Heizkosten, ein gesundes Wohnklima, eine sichere Energieversorgung und die Entschärfung der Klimakrise.

Gegenkampagne: Zitat / Aufhänger / Fake News

- FDP: GEG ist ein teures Bürokratiemonster, CDU: die Wahl der Heizung soll eine Frage der Vernunft, nicht der Ideologie sein <https://www.tagesspiegel.de/politik/union-und-fdp-fur-abschaffung-das-heizungsgesetz-wird-zum-wahlkampfthema-12779174.html>
- CDU: „So wie das Gesetz aufgebaut ist, muss es weg. Wir wollen eine grundlegend andere Regelung und setzen dabei auf eine konsequente CO₂-Bepreisung statt auf Bevormundung.“ <https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/thorsten-frei/fragen-antworten/wird-die-cdu-unter-kanzler-merz-das-geg-heizungsgesetz-fuer-die-buerger-stoppen>
- CDU will Heizungsgesetz kippen und stellt Wärmepumpenförderung in Frage: https://www.focus.de/auto/elektroauto/news/cdu-will-heizungsgesetz-kippen-was-dies-fuer-die-waermepumpenfoerderung-bedeutet_id_260491832.html
- Klara Geywitz: „Ich will vor allem, dass wir die Dekarbonisierung so sinnvoll und preiswert wie möglich machen. Tatsächlich haben wir uns in der Vergangenheit zu sehr auf das Thema Energieeffizienz gestürzt, was zu teils absurden Fällen führen kann.“ https://www.focus.de/finanzen/news/bau-ministerin-geywitz-habeck-hat-sich-das-heizungsgesetz-nicht-ausgedacht_id_260518636.html
- „Habecks Heizgesetz am Ende“ <https://www.bild.de/politik/inland/auch-die-spd-will-es-jetzt-aendern-habecks-heizgesetz-am-ende-67473583a6f9fc5a830f2cf5>

Was droht mit Merz und Co?

- Die Union (insbesondere Jens Spahn), aber auch die FDP wollen das Gebäudeenergiegesetz (GEG) in der bisherigen Form „abschaffen“, mindestens große Korrekturen vornehmen. Sie zielen dabei auf die 2023 verabschiedeten Vorgaben für neu eingebaute Heizungen ab. Ihr Ziel ist, das Gesetz noch „technologieoffener“ zu gestalten. Was genau sie vorhaben, ist noch nicht klar. Speziell soll wahrscheinlich v.a. der Einsatz von Biomethan und „grünem“ Heizöl sowie von Biomasse weniger eingeschränkt werden.
- Die Union (und die FDP) setzen außerdem stark auf den Emissionshandel im Gebäudebereich, der ab 2027 startet. Ihrer Meinung nach brauche es damit kein oder zumindest deutlich weniger Ordnungsrecht und auch deutlich weniger Förderung. Insgesamt ist damit also mit einer Schwächung des aktuellen Instrumentenmixes zu rechnen, inkl. eines Rückgangs an Fördermitteln. Union (und FDP) haben darüber hinaus kein Interesse an einer sozialen Ausgestaltung der Maßnahmen. Wohnpolitisch geht es ihnen vor allem um die Neubildung von Eigentum statt um sozialen Klimaschutz. Im Mietwohnungsbereich stünden die (Profit-)Interessen der Vermietenden statt der Schutz der Mietenden im Fokus.
- Die SPD, insbesondere Klara Geywitz, will ebenfalls das Gesetz reformieren. Sie bezieht sich jedoch vor allem auf Vorgaben zur Effizienz von Gebäuden (wobei auch die SPD gerne weniger Restriktionen für das Heizen mit Biomasse hätte). Sie hat bereits in Förderprogrammen für den Neubau von Gebäuden dafür gesorgt, dass stärker die CO₂- Gesamtbilanz über den Lebenszyklus hinweg betrachtet wird, statt Vorgaben z.B. an die Effizienz von Gebäuden zu stellen. Damit kann eine Solaranlage auf dem Dach z.B. hohe Emissionen, die durch die Nutzung von Zement und Stahl bei der Errichtung der Gebäude entstehen oder einen hohen Energieverbrauch in der Nutzungsphase des Gebäudes ausgleichen. Sie folgt damit den Argumenten der Immobilienlobby, die dazu eine Kampagne gestartet hat.

Eine vollständige Rücknahme von Vorgaben oder eine vollständige Umstellung der Gesetzes- und Förderlogik auf CO₂-Einsparungen ist dank des europäischen Rechtsrahmens glücklicherweise nicht möglich, der Raum für Abschwächungen aber groß genug, um enormen ökologischen und sozialen Schaden anzurichten. SPD und Union/FDP kritisieren ganz unterschiedliche Teile des GEG und Geywitz scheint hier noch eher ein Fachinteresse zu haben als populistisch motiviert zu sein. Doch gefährlich ist, was in der BILD-Zeitung hängen bleibt: Alle sind gegen Habecks Heizungsgesetz.

Warum ist das problematisch?

Mit der Phrase „Technologieoffenheit“ bzw. „Bevormundung der Bürger*innen“ wurden bereits in der ersten Debatte um das GEG argumentiert. Dabei verbirgt sich hinter der „Technologieoffenheit“ zumeist ein „Weiter So“ und damit fatale Folgen für Klimaschutz und Bezahlbarkeit.

- **Verunsicherung:** Vertreter*innen aus der Heizungsbranche aber auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks oder Verbraucherschützer*innen warnen vor einer erneuten Debatte um das GEG und Verunsicherung von Immobilienbesitzer*innen, Mieter*innen, Handwerk und Heizungsbranche.

- **Fossile Kostenfalle:** Nicht in Klimaschutz in Gebäuden zu investieren, ist für Eigentümer*innen von Ein- und Zweifamilienhäusern die teuerste Option. Mit Förderung und eigener PV-Anlage ist eine heute eingebaute Wärmepumpe beispielsweise knapp 1000 Euro pro Jahr günstiger als eine neue Gastherme. Auch bei umfassenden Sanierungen übersteigen die eingesparten Heizkosten die notwendigen Investitionen – und steigern zusätzlich den Gebäudewert.¹
- **Soziale Schieflagen:** Für Heizung und warmes Wasser verbrauchen Haushalte am meisten Energie. Die energetische Modernisierung spart Energie und Heizkosten und schafft ein gesundes Raumklima. Insbesondere Menschen mit geringem Einkommen profitieren davon. Sie leben häufiger in Gebäuden mit mangelnder Dämmung und ineffizienten fossilen Heizungen. Sie verbrauchen wegen der geringeren Wohnfläche zwar weniger Energie, geben jedoch überproportional viel Geld für Wärme aus gemessen an ihrem Einkommen.² Eine halbherzige Wärmewende verstärkt bei steigenden Energiekosten und zunehmender Hitze bestehende soziale Schieflagen. Gleichzeitig muss bei der Umsetzung auf soziale Gerechtigkeit geachtet werden. Denn Menschen mit wenig Einkommen und Vermögen können eine energetische Modernisierung ohne hohe Fördersätze nicht finanziell stemmen, trotz langfristiger Einsparungen. In Mietwohnungen wird die Warmmiete nach einer energetischen Sanierung häufig erhöht, weil Vermietende einen zu hohen Teil der Kosten auf die Mietenden umlegen können und zu selten Fördermittel in Anspruch nehmen, mit denen die Belastung der Mietenden sinken würde.
- **Verteuerung der Transformation:** Bereits jetzt sind ohne weitere Maßnahmen etwa die Hälfte aller Gebäude in Deutschland für den Einsatz der Wärmepumpe gerüstet. Doch nur in Verbindung mit einer effizienten Gebäudehülle kann die Wärmepumpe ihre volle Wirkung für den Klimaschutz entfalten. Das gilt auch für andere klimafreundliche Wärmeträger. Die Mehrkosten einer Strategie, die auf reduzierte Effizienz setzt, liegen laut Langfristszenarien des BMWK bei circa 20 Milliarden Euro jährlich, wovon schätzungsweise ein Drittel auf den Gebäudesektor entfällt. Diese erhöhten Kosten würden über die Strompreise umgelegt, was zusätzliche Kostenbelastungen für Haushalte und Industrie bedeuten würde. Die Forderung, in Gebäuden weniger auf Effizienz zu setzen, bedeutet, dass Menschen nicht ausreichend vor hohen Heizkosten, Kälte im Winter und Hitze im Sommer geschützt werden und die Kosten der Energiewende steigen.
- **Fossile Abhängigkeit & Ressourcenverschwendung:** Die Umstellung auf private Wasserstoffheizungen ist viel zu teuer und ressourcenaufwändig, da Wasserstoff in den benötigten Mengen nicht nachhaltig verfügbar sein wird. Auch Biogas oder „grünes“ Heizöl sind keine sinnvolle Alternative, weil die Herstellung enorm viel Energie und andere Ressourcen schluckt. Die Forderung, das Heizen mit Wasserstoff oder „grünem“ Gas und Öl umfassend zu erlauben dient dazu, die Nutzung fossiler Infrastruktur zu verlängern. Sie missachtet die planetaren Grenzen, provoziert Nutzungskonkurrenz auf Agrarflächen und verlagert enorme ökologische und soziale Kosten der Energieerzeugung ins Ausland.

¹ WWF (2024): „Hammer-Heizungs-Deal 2.0“ und „Auf die Zukunft bauen“, <https://www.wwf.de/2024/juli/auf-die-zukunft-bauen>

² Öko-Institut (2023): <https://www.oeko.de/projekte/detail/mehrfamilienhaeuser-der-blinde-fleck-der-sozialen-waermewende-wie-belastet-sind-haushalte-durch-waermeenergiekosten-und-wie-wirkt-die-gas-und-waermepreisbremse>

- **Vermeintliche Nachhaltigkeit von Biomasse:** Bei der Verbrennung von Holz werden Treibhausgase und Feinstaub freigesetzt werden. Den Wäldern geht es bereits jetzt sehr schlecht und Holz ist nur begrenzt verfügbar. Biomasseheizungen sollten deshalb nur in Betracht gezogen werden, wenn der Anschluss an ein Wärmenetz oder der Einbau einer Wärmepumpe nicht möglich sind.
- **Mangelnde Lenkungswirkung des Emissionshandels:** Der Emissionshandel ist nur ein Baustein im Instrumentenmix. Wer zu sehr auf den Markt setzt, riskiert energiepolitische Fehlstellungen. Es braucht klare Leitplanken, die dafür sorgen, dass nicht nur auf erneuerbare Wärme umgesattelt wird, sondern auch der Energieverbrauch sinkt und natürliche Ressourcen geschont werden. Dabei sollte bei den Gebäuden angefangen werden, die am meisten Energie verbrauchen. Im Gegensatz zu gesetzlichen Leitplanken und einer verlässlichen Förderung bietet der Emissionshandel außerdem nicht ausreichend Planungssicherheit. Darüber hinaus ist ein alleiniger Fokus auf den Emissionshandel und hohe CO₂-Preise hochgradig sozial ungerecht. Mietende zum Beispiel haben keinerlei Einfluss auf den Zustand des Gebäudes und die Wahl des Energieträgers, müssen jedoch einen überproportional hohen Anteil der CO₂-Kosten übernehmen. Eigentümer*innen mit wenig Einkommen und Vermögen haben nicht die finanziellen Mittel, um in eine energetische Modernisierung zu investieren – auch wenn sie sich langfristig lohnt. Dafür braucht es sozial ausgestaltete Förderprogramme, eine Rückzahlung wie das Klimageld ist dafür nicht zielgerichtet genug.

Was fordert der BUND?

Wärmewende

- **Klimafreundliche und sozialgerechte Wärmewende erhalten & vorantreiben:** Die Bundesregierung setzt sich (weiterhin) für den konsequenten Einbau erneuerbarer Wärmequellen ein. Dabei werden die bisherigen gesetzlichen Regelungen im GEG nachjustiert und mit deutlich ambitionierteren klima- und sozialgerechten Kriterien hinterlegt. Im Sinne des Verbraucherschutzes werden dezentrale Wasserstoffheizungen als Erfüllungsoption gestrichen. Bis spätestens 2040 ist auch der Ausstieg aus Erdgas im Wärmesektor gelungen.
- **Effizienz als Säule der Wärmewende etablieren:** Es werden ambitionierte Energieeinsparungen mitgedacht, Menschen werden finanziell und organisatorisch bei energetischen Modernisierungen unterstützt (s. Abschnitt „Gebäude“).
- **Keine fossilen und ineffizienten Heizungen fördern – Verbraucher*innen schützen:** Der Einbau von Heizungen mit fossilen Brennstoffen oder h₂-ready Heizungen wird nicht länger gefördert. Auch neue Holzheizungen bzw. Holzverbrennungsanlagen dürfen nicht mehr gefördert werden.
- **Kommunale Wärmeplanung beschleunigen und umsetzen:** Die Bundesregierung fördert eine klimafreundliche und soziale kommunale Wärmeplanung für die Gemeinden und stattet sie auch mit ausreichenden finanziellen Mitteln aus, um die Wärmeplanung fortzuschreiben. Die Umsetzung der kommunalen Wärmepläne wird verpflichtend.

- **Den Ausbau der erneuerbaren Fernwärme vorantreiben und sozialgerecht gestalten:** Die Fernwärmenetze werden zügig und konsequent dekarbonisiert. Ein Ausbau der Netze wird, da wo es technisch möglich und sinnvoll ist, vorangetrieben. Aus- und Umbau der Fernwärme wird ausreichend und verlässlich durch den Bund gefördert. Dazu wird die Bundesförderung effiziente Wärmenetze (BEW) aufgestockt und in ein langfristiges Fördergesetz überführt. Die sog. WärmeLV und ABVFernwärmeV werden so angepasst, dass sie einen Ausbau der Fernwärme ermöglicht und durch eine Preisaufsicht gleichzeitig Verbraucher*innen vor unverhältnismäßigen Kostensteigerungen schützt.

Gebäude und Wohnen

- **Gebäudesektor sozialverträglich und energiesparend auf Klimakurs bringen:** Im Zuge der ambitionierten Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie wird ein klimazielkompatibler, gesetzlich verbindlicher und sozial gerechter Sanierungsfahrplan erarbeitet und umgesetzt. Neubaustandards werden erhöht auf Passivhausstandard. Die Einsparung von Primär- und Endenergie wird neben der Umstellung auf erneuerbare Energien und die Reduktion von Treibhausgasen in den gesetzlichen Anforderungen und bei der Formulierung von Förderrichtlinien gestärkt.
- Mit einer **Sanierungsoffensive öffentlicher Gebäude** schreitet die öffentliche Hand mit gutem Vorbild voran, stärkt die soziale Infrastruktur und sorgt dafür, dass die Vorgaben der EU-Effizienzrichtlinie (3 Prozent Sanierungsrate) ambitioniert umgesetzt wird.
- Auch für Wohngebäude werden gesetzliche Mindeststandards eingeführt, mit denen "**Worst-Performing-Buildings**" **prioritär saniert** werden - flankiert von Instrumenten zur sozialen Ausgestaltung.
- **Sozialer Klimaschutz in Mietwohnungen:** Mietrecht und Förderprogramme werden i.S. des "Drittmodells" reformiert, d.h. die Modernisierungsumlage wird auf 3 Prozent abgesenkt. Im Gegenzug muss die Förderung vor Berechnung der Umlage nicht mehr abgezogen werden. Die Fördersätze werden erhöht.
- **Förderprogramme:** Soziale Ausgestaltung der Fördersätze für energetische Modernisierungen inklusive gezielter Förderung gemeinnütziger Träger, erhöhte Fördersätze für Effizienzmaßnahmen, insbesondere für umfassende Sanierungen, Anheben des Worst-Performing-Building-Bonus.
- **One-Stop-Shops:** Der Bund unterstützt die Kommunen finanziell und organisatorisch bei der flächendeckenden Einrichtung von zentralen Anlaufpunkten vor Ort zur organisatorischen Unterstützung von Eigentümer*innen. Neben der Beratung rückt dabei die Umsetzungsbegleitung stärker in den Fokus.

IMPRESSUM

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

Bundesgeschäftsstelle | Kaiserin-Augusta-Allee 5 | 10553 Berlin

Tel. +49 30 27586-40 | bund@bund.net

www.bund.net

V.i.S.d.P.: Nicole Anton | Kontakt: ruth.krohn[at]bund.net | Stand: 12/2024